

Xanten, 28.04.2020

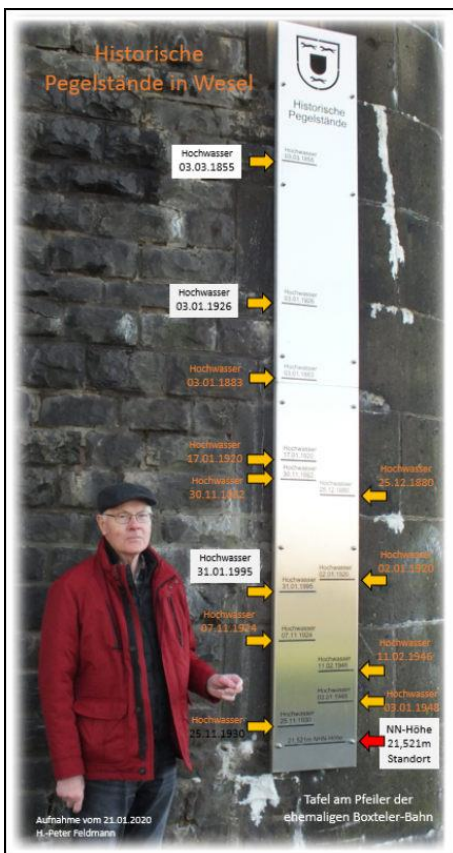
**„Sicherheitsstandards beweisen sich erst im Notfall.“** Unbekannter Verfasser

**Unsere Forderung: EXTREM-Abflüsse dürfen den Niederrhein nicht erreichen!**

HWS-Rundbrief 3

Sehr geehrten Damen und Herren,

die *HochWasser- und InfrastrukturSchutz-Initiative (HWS)* lässt nicht locker und kämpft für die Zukunftssicherheit des niederrheinischen Lebensraums. Dessen Risiko durch diverse Studien 1) und durch Gesetze/Richtlinien 2) der Öffentlichkeit bereits vor 20 Jahren verdeutlicht wurde.



Wer glaubt, dass die Landesregierung NRW sich einer vorsorgendem Schadenverhinderung verpflichtet fühlt der sieht sich getäuscht. Die Landesregierung ist nicht mal bereit über unsere Anträge und Petitionen zur Lösung der bergbauinduzierten Lebensraumprobleme in einem bürgerkonformen Dialog einzutreten. Reaktionen von Seiten der Landtags-Parteien gibt es ebenfalls nicht! Dabei ist der Plan für einen schiffbaren Kanal seit Jahrhunderten in der Diskussion. 3)

Wir haben den Eindruck, dass die genannten Studienaufträge nur zur Beschäftigung der Wissenschaftler dienen und Leitenscheidungen für künftige Handlungen offensichtlich nicht beeinflussen. Wir beziehen uns dabei auf den Lebensraumschutz von über 1,5 Millionen Menschen und potenziellen Schäden von mehr als 100 Mrd. Euro (Stand 2000); einem integriertem Projekt mit der Zielrichtung einer Gerinneentlastung zur Sicherung Niederrheinischer Metropole im Zusammenhang mit der infrastrukturellen/logistischen grenzüberschreitenden Folgenutzung im Rheinischen Braunkohlegebiet nach 2038. Eine Aufgabe, die den Wirtschaftsstandort NRW festigt und nicht nur den künftigen Umwelt- und Klimaansprüchen Rechnung tragen wird.

**Frage:** Warum werden kostenintensive wissenschaftliche Studien injiziert und EU-Gesetze erlassen, wenn diese ohne Auswirkung auf die Sicherung der Gesellschaft sind?

**Fazit:** Ein klimabezogenes Großschadensereignis für den Siedlungs- und Wirtschaftsraum Niederrhein wird von der Landespolitik offensichtlich akzeptiert. Die Forderungen aus der Wirtschaft, dem Verkehrswesen und dem Umweltschutz sind unüberhörbar. Den vernetzten Abhängigkeiten untereinander ist Rechnung zu tragen. Die Etablierung eines Lehrstuhls für „Infrastrukturgeschichte“ ist längst überfällig.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.nr-feldmann.de> (Neufassung ab März 2020)

## Begründung

Das Gefährdungspotenzial am bergbaubetroffenen Niederrhein ist bekannt. Doch wehe, wenn der Rhein nicht in seinem Bett bleibt. Wenn Hochwasser/Starkregen nicht aus den bergbauinduzierten Mulden abfließen kann und unseren Lebensraum nicht nur durch Schadstoffe und Dauervernässung unbewohnbar macht.

Diese Gefährdungen sind der Öffentlichkeit nicht bewusst. Weil das Wissen darüber nicht wachgehalten wird und Erkenntnisse aus den Studien der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Bergbaufolgen lassen sich nicht heilen. Der Staat gibt im BBergG viele Rechte dem Betreiber allzu oft zum Nachteil der Öffentlichkeit. Allein sich auf den Deichschutz zu verlassen grenzt an Leichtsinn! Das Wasser kommt irgendwann (mit Macht), das sagt uns die Geschichte! „Vorsorge zur Schadensverhinderung“ empfiehlt uns die Landesregierung indem sie Gefahren- und Risikopläne veröffentlicht. Einen Plan zur Risikominderung hat sie nicht!

Gerne erfahren wir hierzu Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen,



## Anmerkungen

- 1) RWTH Aachen: **Potenzielle Hochwasserschäden am Rhein in NRW 2000**  
Arbeitsgruppe Hochwasser: **Grenzüberschreitende Auswirkungen von extremem Hochwasser am Niederrhein 2004**
- 2) **EU-Hochwasserrisiko-management-Richtlinie 2007:** Vorsorge zur Schadensverhinderung, Umsetzung in Nationales Recht  
**BIM: Schutz Kritischer Infrastrukturen – Risiko und Krisenmanagement 2011**
- 3) Schröder, Dr. Lina: **Der Rhein-(Maas-)Schelde-Kanal** als geplante Infrastrukturzelle von 1946 bis 1985: Eine Studie zur Infrastruktur- und Netzwerk-Geschichte, Münster 2017 (Studien zur Geschichte und Kultur Westeuropas).



**NIEDERRHEIN NACHRICHTEN**  
**Hochwasserschutz muss auch bei Extremwasser gelten** 08.04.2020  
HWS fragt: Müssen Niederrheiner systemrelevanten Bergbau dulden?  
von Lorelles Christian

**NIEDERRHEIN.** Die Hochwasser- und Infrastruktur Schutz-Initiative am Niederrhein (HWS) lässt nicht locker und kämpft um unseren Lebensraum. Sie fordert nachhaltigen Schutz und will Schädigung des Eigentums durch die Folgen der Bergbautätigkeit (Kohle und Salzabbau) am Niederrhein verhindern.

Sprecher H.-Peter Feldmann ist empört: „Es kann nicht sein, dass wir Eigentumsschäden, Wertminderungen, Infrastruktur- und Überschwemmungsschäden durch das Bundes-Berg-Gesetz zu dulden haben.“ Und er fragt: „Was bewirken die Studien, Gesetze/Richtlinien (z. Bsp. Die EU-Hochwasser-Risiko-Management-Richtlinie) mit ihren Gefahren- und Risikoplänen, wenn sie nicht die Verpflichtung zur Vorsorge und Schadensverhinderung zum Ziel haben. Der Katastrophenschutz kann Hochwassergefahren nicht verhindern, schon gar nicht die Rettung von Menschen und Tieren sicherstellen.“

Feldmann erklärt: „Der ursprünglich potenziell überschwemmungsgefährdete Niederrhein wurde bis zu 25 Meter durch bergbauliche Aktivitäten abgesenkt. Es drohen im so genannten deichgeschützten Hinterland Überstauhöhen von über zehn Meter. Ein natürlicher

Rückfluss in den Hauptstrom ist nicht möglich.“

Die Initiative fordert daher, Extremflüsse durch eine Teilaubleitung des Hauptstroms vor den Niederrheinmetropolen zu schaffen. Sie erinnert an die Jahrhunderte alte Forderung eine Rhein-Maas-Schelde-Wasserstraßenverbindung zu schaffen. „Ein schiffbarer Wasserweg zu den Benelux-Ländern und Nord-Frankreich integriert eine infrastrukturelle Aufwertung der Region nach Braunkohleende. Er dient schadensverhindernd dem Überschwemmungsschutz für Rheinanlieger, Natur- und Umweltschutz, Entflechtung des Güterverkehrs sowie grenzüberschreitende Freizeitchancen.“, schreibt die Initiative in ihrem Plan, den sie an 26 Konzerne und Bürgermeister gesandt hat.

Sie fordert eine Machbarkeitsstudie und bittet um Unterstützung bei der Landes- und Bundesregierung für dieses Projekt. (Weitere Hintergrundinformation unter <https://nr-feldmann.de/wp-content/uploads/2020/02/BVWP-2030-Antrag-HWS-1.pdf>)

**H.-Peter Feldmann** am Hinweisschild über die Pegelstände in Wesel. Foto: privat